

Integration. Gelingt. Gemeinsam.

Positionspapier der FDP Baden-Württemberg zur Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik

„Stellt Euch vor es ist Krieg und keiner geht hin...“

Dieser Satz wird oft von Pazifisten benutzt, die damit einen Weg aufzeigen wollen, Krieg und die damit verbundenen Leiden zu vermeiden. Das Zitat aus der „Mutter Courage“ von Bertolt Brecht ist jedoch unvollständig. Denn der Text geht weiter mit „...dann kommt der Krieg zu euch“.

Europa, Deutschland und Baden-Württemberg bekommen heute die Wirkung von Kriegen und Konflikten zu spüren, die schon seit vielen Jahren schwelen und denen Europa und die westliche Welt lange zugeschaut haben, ohne etwas zu unternehmen. Dabei ist - wie am Beispiel Syrien zu sehen - eine klare Trennung zwischen „Gut“ und „Böse“ oft nicht möglich. Alle beteiligten Konfliktparteien machen sich furchtbarer Verstöße gegen Menschenrechte schuldig. Auf keiner Seite des Bürgerkrieges finden wir Beteiligte, die tatsächlich das Wohl der Zivilbevölkerung im Blick haben. Die Menschen in Syrien werden von allen Seiten mit dem Tod bedroht – oft bleibt ihnen nur die Flucht.

Wir Freie Demokraten möchten diesen Menschen helfen. Wir fühlen uns denen verpflichtet, die ihrer Freiheit beraubt werden, deren Leib und Leben in Gefahr ist, die in ihrem Land für sich keine Heimat mehr finden können.

Tausenden Ehren- und Hauptamtlichen in Baden-Württemberg gebührt unser Dank, denn sie leisten in diesen Tagen unglaublich viel und setzen sich bis zur Erschöpfung für die Flüchtlinge ein.

Täglich kommen Hunderte in Baden-Württemberg an. Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung fliehen. Für sie hat die Kanzlerin die Tore Deutschlands geöffnet.

Wir sehen aber auch, dass durch diese geöffneten Tore Menschen in unser Land kommen, deren eigentliches Problem nicht die Bedrohung der Freiheit ist, sondern die Flucht vor Armut. So nachvollziehbar das ist, so wenig ist die Türe „Asyl“ dazu geschaffen worden, diese Menschen in Deutschland aufzunehmen.

Zugangszahlen in den Griff bekommen

Es ist schlicht absurd, dass wir auf der einen Seite mit europäischen Ländern über den Beitritt zur EU verhandeln, auf der anderen Seite jedoch Flüchtlinge aus diesen Ländern aufnehmen. Denn diese Gruppe bildete bislang einen großen Teil der ankommenden Flüchtlinge – ohne dabei eine realistische Chance auf Asyl zu haben. Oft wollen sie für wenige Wochen der Armut ihrer Länder entkommen. Für die EU, für Deutschland gibt es andere Wege, diesen Problemen in den EU-Beitrittsländern zu begegnen. Darüber hinaus ist es erforderlicher denn je, auch in den anderen Herkunftsländern die Ursachen für Flucht und Armutsmigration zu bekämpfen.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient
- Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem auf wirtschaftliche Beziehungen und Hilfe zur Selbsthilfe setzt
- einen gemeinsamen Schutz der Außengrenzen der EU (Ausbau Frontex, Aufbau einer EU-Küstenwache)

- die baden-württembergische Landesregierung dazu auf, ihren Beitrag zu leisten, um die Zugangszahlen in den Griff zu bekommen. Erforderlich hierzu ist die Zustimmung im Bundesrat zur Erweiterung der sicheren Herkunftsländer,
- Taschengeld für Asylbegehrende aus sicheren Herkunftsländern, welches als so genannter Pull-Faktor wirkt, auf Sachleistungen umzustellen. Ebenso sollten Asylbegehrende aus sicheren Herkunftsländern keine Gesundheitskarten erhalten, sondern in Sanitätsstellen in den Erstaufnahmestellen behandelt werden, wie dies die Kassenärztliche Vereinigung vorschlägt,
- die finanzielle Startunterstützung in den Herkunftsländern für freiwillig Rückreisende (Rückkehrhilfe), wie sie im Landkreis Lörrach praktiziert wurde, nicht weiter zu praktizieren. Auch hier werden völlig falsche Anreize gesetzt,
- die Landesregierung dazu auf, bei der Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive konsequent und nach Maßgabe geltenden Rechts zu handeln.

Kommunen nicht im Regen stehen lassen

Die Zahl der täglich ankommenden Flüchtlinge stellt Bund und Land, vor allem aber unsere Kommunen und somit die Bürger vor größte Herausforderungen. Die Landeserstaufnahmestellen (LEA) sind vielfach völlig überbesetzt. Teilweise teilen sich fünf Flüchtlinge zwei Matratzen. Die Menschen, die sich um die Flüchtlinge kümmern sollen, fühlen sich im Stich gelassen. Überfordertes Sicherheitspersonal kann oftmals nicht einmal die einfachsten Regeln durchsetzen. Insbesondere die Flüchtlinge selbst werden dadurch auch in Deutschland zu Opfern von Übergriffen. In den überbelegten Unterkünften kommt es zu zahlreichen Polizeieinsätzen aufgrund von Konflikten unter den Bewohnern. Aber auch von außen werden die Flüchtlingsunterkünfte bedroht: Auch in Baden-Württemberg werden Anschläge auf Flüchtlingsheime verübt.

Wir Freie Demokraten verschließen die Augen nicht vor diesen Problemen. Neben den Kommunen steht auch unsere Polizei vor gewaltigen Aufgaben.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- als Soforthilfe die Kommunen mit LEA-Einrichtungen massiv finanziell, logistisch und personell zu unterstützen, damit die dramatischen Zustände in den Einrichtungen nicht zur Gefahrenzone für Flüchtlinge und Anwohner werden. Hierzu muss auch die Polizeipräsenz dringend erhöht werden. Die FDP fordert schon lange die Schaffung 1.000 neuer Stellen. Diese Forderung ist vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik aktueller denn je,
- eine faire und transparente Verteilung der Flüchtlinge unter Beteiligung der Bürger. Eine Landesregierung, die stets vorgibt, auf Bürgerdialog zu setzen, müsste diesen gerade in Krisenzeiten führen – auch wenn schnelles Handeln und Eile geboten sind,
- eine sinnvolle Strategie, um rechte Gewalttaten zu bekämpfen. Wir erwarten vom Innenminister klares Handeln,
- nur noch Flüchtlinge mit einer entsprechenden Bleibeperspektive an die Kommunen zu verteilen,
- Asylanträge zeit- und wohnortnah zu bearbeiten. Wir fordern deshalb eine deutliche Aufstockung der Stellen beim BAMF,
- Förderprogramme des Landes bei der Flüchtlingsunterbringung stärker an den Bedürfnissen kleiner Kommunen auszurichten.

Die Flüchtlingskrise darf keine Integrationskrise werden

Die Herausforderungen vor die uns die Zahl der Flüchtlinge derzeit stellt, wird die Herausforderung der kommenden Jahrzehnte bleiben. So sehr wir auch für die Flüchtlinge hoffen, dass sie bald wieder in ihrem Land eine Heimat finden können, so unwahrscheinlich wird diese Vorstellung angesichts der weiteren Eskalationen in Syrien durch das Vordringen der ISIS. Auch das bewaffnete Eingreifen russischer Streitkräfte lässt die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Konflikts schwinden.

Für Asylbegehrende mit guter Perspektive auf Anerkennung rückt daher das Thema Integration in den Vordergrund. Dabei bilden Sprache und Kultur langfristig nur scheinbare Barrieren, die tatsächlich mit den richtigen Maßnahmen überbrückt werden können.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- in Integrationskursen muss vom ersten Tag an unsere freiheitliche Wertordnung vermittelt werden. Sie ist es, welche auch den Flüchtlingen ihr Recht auf Freiheit in unserem Land garantiert,
- dafür Sorge zu tragen, dass den Menschen durch Sprachkurse von Anfang an eine schnelle Teilhabe ermöglicht wird. Sprache ist der zentrale Schlüssel, um in einer Gesellschaft anzukommen und zu bestehen,
- hierzu gehören übergangsweise auch Sprachkurse für Frauen von Frauen, um die Integration via Sprachkenntnisse nicht nur auf die Männer zu beschränken.

Integration in den Arbeitsmarkt

Es gibt keinen schnelleren Weg der Integration als den der gemeinsamen Arbeit. 20% der syrischen Flüchtlinge verfügen über einen Hochschulabschluss, weitere 20% über einen höheren Schulabschluss, die meisten haben Berufserfahrung. Die Integration in den Arbeitsmarkt funktioniert sicher nicht immer und überall, aber gerade in Baden-Württemberg sind unzählige Stellen nicht besetzt, weil keine passenden Bewerber gefunden werden können. Unter Asylbegehrenden mit guter Bleibeperspektive, welche über Universitätsabschluss, Hochschulreife oder Facharbeiterausbildung verfügen, muss geprüft werden, ob diese direkt bzw. nach Ausbildung oder Nachschulung den Bedarf an Mangelberufen in Baden-Württemberg ausfüllen können.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- eine standardisierte Abfrage der Qualifikationen von Flüchtlingen in der Erstaufnahme,
- eine zentrale Stelle, die arbeitswillige Flüchtlinge und Arbeitgeber zusammenbringt,
- den Abbau bürokratischer Hürden der Vorrangprüfung.

Wohnungsbau

Schwierig wird es dort, wo in Deutschland ohnehin schon Mangel herrscht. Am Beispiel des bezahlbaren Wohnraums sehen wir, dass der von der Bundes- und Landesregierung eingeschlagene Weg die aktuellen Probleme nicht lösen kann. Vielmehr verschärfen die unterschiedlichen Regelungen nur den Mangel am Wohnungsmarkt. Den Mangel verwalten und durch die Mietpreisbremse zu verschärfen, Neubau durch zahlreiche Auflagen teurer und bürokratischer zu machen und gleichzeitig Menschen zu zwingen, ihr Eigentum gegen ihren Willen durch die Drohung von Zwangsenteignungen oder Zwangsvermietungen zur Verfügung zu stellen, ist nicht der geeignete Weg, die bestehenden Probleme zu lösen.

Daher fordern wir Freie Demokraten:

- die Bundeskanzlerin dazu auf, in ihrem Bestreben, Verwaltungs- und Bauvorschriften angesichts der notwendigen schnellen Unterbringungsbedarfe zu lockern oder auszusetzen, nicht locker zu lassen. Wir meinen jedoch, dass ohnehin sämtliche Verwaltungsvorschriften auf den Prüfstand gehören. Auf viele Vorschriften, die jetzt ausgesetzt werden, kann ganz verzichtet werden,
- dass die Landesregierung von jeglichen Forderungen, Zwangsenteignungen durchzuführen Abstand nimmt,
- die neben der Mietpreisbremse bestehenden landesrechtlichen Vorschriften, etwa das Zweckentfremdungsverbot oder unsinnige Vorschriften aus der Landesbauordnung, zurückzunehmen, da diese private Investitionen in den Wohnungsbau hemmen. Das Land muss diese Vorschriften abbauen und Investitionen in den sozialen Wohnungsbau fördern.

Wir Freie Demokraten wissen, dass weder wir alleine, noch Baden-Württemberg die Flüchtlingsströme stoppen können. Wir wissen aber auch, dass dieser Konflikt nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen werden darf, die nur die berechtigte Hoffnung auf ein besseres Leben zu uns gebracht hat. Diese Hoffnung hatten in der Vergangenheit auch deutsche Auswanderer, als sie sehnsüchtig versucht haben, ihre Sicherheit und Glück in Amerika und andernorts zu finden.

Deutschland hat jedoch auch hausgemachte Probleme, die sich in den kommenden Jahren verschärfen werden. So führt der demografische Wandel zum Fehlen von tausenden von Arbeitskräften.

Denjenigen, die keine Chance auf Asyl haben, sollte daher bei entsprechender Qualifikation andere Möglichkeiten aufgezeigt werden. Asylrecht ist auf Zeit angelegt. Sobald in der Heimat der Flüchtlinge wieder Frieden herrscht, sollten diese zurückkehren. Tatsächlich braucht Deutschland aber auch qualifizierte Zuwanderer. Menschen, die unser Land mit ihren Fähigkeiten bereichern. Diese sollten herzlich eingeladen sein. Der richtige Weg dorthin führt über ein modernes Zuwanderungsgesetz. Gerade Baden-Württemberg würde davon profitieren.